

DVJJ - Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V.
 URL dieses Artikels: <http://www.dvjj.de/veranstaltung.php.php?artikel=989>

Anmerkungen

1. Vgl. Heinz, W.; Kriminelle Jugendliche – gefährlich oder gefährdet?, Konstanz 2006, S. 17.
2. Vgl. Heinz, W.; Kriminelle Jugendliche – gefährlich oder gefährdet?, Konstanz 2006. [Heinz, W.: Kriminalität in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der Jugend- und Gewaltkriminalität](#); [Steffen, W.: Jugendkriminalität und ihre Verhinderung zwischen Wahrnehmung und empirischen Befunden](#).
3. Vgl. Heinz, W.; Kriminelle Jugendliche – gefährlich oder gefährdet?, Konstanz 2006, S. 39 ff. Bestätigt wird dieser Befund durch die neueren Studien von Boers, K.; Reinecke (Hrsg.): *Delinquenz im Jugendalter*, Münster u.a. 2007; [Dünkel, F. Gewalterfahrungen, gesellschaftliche Orientierungen und Risikofaktoren von Jugendlichen in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald 1998 - 2002 - 2006](#) sowie durch die Wiederholungsbefragungen, die das KFN durchgeführt hat (zusammenfassend [Baier, D.; Windzio, M.: Zur Entwicklung der Jugendgewalt seit 1998 in den Städten München, Stuttgart, Hannover und Schwäbisch Gmünd](#)).
4. [Baier, D.; Windzio, M.: Zur Entwicklung der Jugendgewalt seit 1998 in den Städten München, Stuttgart, Hannover und Schwäbisch Gmünd, S, 9](#).
5. Dölling, Dieter: Mehrfach auffällige junge Straftäter, ZBl 1989, S. 318.
6. [Sherman, L.W.; Gottfredson, D.C.; MacKenzie, D. L.; Eck, J.; Reuter, P. ; Bushway, S.D.: Preventing Crime: What Works, What Doesn't, What's Promising, A Report to the United States Congress 1998](#), in revidierter Fassung veröffentlicht von Sherman, L.W.; Farrington, D. P.; Welsh, B. C.; Layton MacKenzie, D. (Hrsg.): *Evidence-Based Crime Prevention*, London/New York 2002; reviews der [Campbell Collaboration Criminal Justice Group](#) ; "blueprints" des [Center for Study and Prevention of Violence at the University of Colorado in Boulder](#) ; Meta-Analysen von Mark W. Lipsey vom [Center for Evaluation Research](#)

Autor

Wolfgang Heinz

Stellungnahme zur aktuellen Diskussion um eine Verschärfung des Jugendstrafrechts

Die folgende Resolution gegen die Verschärfung des Jugendstrafrechts wird von fast 1000 Hochschullehrer/innen und Praktiker/innen der Jugendstrafrechtspflege unterstützt.

Stellungnahme zur aktuellen Diskussion um eine Verschärfung des Jugendstrafrechts
 Wolfgang Heinz, Konstanz

1. Für eine Verschärfung des Jugendstrafrechts besteht kein Anlass. Richtig ist, dass junge Menschen – in quantitativer Betrachtung – überproportional häufig als Straftäter auffallen. Diese Höherbelastung ist aber keine Besonderheit der Gegenwart, sondern wurde in jeder Generation beobachtet. Die sog. age-crime-Kurve besitzt universelle Gültigkeit.**1**

2. Relativiert wird die Überrepräsentation junger Menschen unter den Tatverdächtigen wie unter den Verurteilten, wenn Art und Schwere der verübten Delikte betrachtet werden. Der Anteil der leichten Delikte ist bei Kindern und bei Jugendlichen am höchsten. Jugendkriminalität ist überwiegend opportunistische (durch Gelegenheiten ausgelöste, nicht planvoll begangene), unprofessionelle Bagatelkriminalität. Dies ist einer der Gründe für die leichte - und häufige - Überführung junger Menschen. Unter dem Gesichtspunkt der Deliktsschwere müsste dagegen die Erwachsenenkriminalität im Mittelpunkt des kriminologischen und kriminalpolitischen Interesses stehen. Erwachsene, nicht junge Menschen, sind die Täter von organisierter Kriminalität, von Wirtschafts- und Umweltkriminalität, von Menschenhandel, von Korruption und Bestechlichkeit usw. Allein durch registrierte Wirtschaftskriminalität werden weitaus höhere Schäden verursacht als durch die gesamte sonstige polizeilich erfasste Eigentums- oder Vermögenskriminalität. Nach Angaben der Polizeilichen Kriminalstatistik entfielen 2006 auf Wirtschaftskriminalität 2,4% aller vollendeten Fälle der Eigentums- und Vermögensdelikte (einschließlich Raubmord), aber 53% der registrierten Schadenssummen. Derartige Erwachsenendelikte sind schwerer zu entdecken und schwerer nachzuweisen. Insofern ist die Überrepräsentation junger Menschen auch eine Folge der Unterrepräsentation von Erwachsenen.

3. Weder ist die Jugendkriminalität insgesamt noch ist die Gewaltkriminalität junger Menschen in den letzten Jahren dramatisch gestiegen.**2** Sämtliche Schülerbefragungen zur selbstberichteten Delinquenz (sog. Täterbefragungen) zeigen

and Methodology at the Vanderbilt Institute for Public Policy Studies in Nashville .

7. Kerner, Hans-Jürgen: Möglichkeiten und Grenzen der Prävention von Jugendkriminalität, in: Dölling, Dieter (Hrsg.): Das Jugendstrafrecht an der Wende zum 21. Jahrhundert, Berlin/ New York 2001, S. 124.
8. Kunz, Karl: Kriminologie, 4. Aufl., Bern u.a. 2004, § 43 Rdnr. 4.
9. Albrecht, Günter: Möglichkeiten und Grenzen der Prognose "krimineller Karrieren", in: DVJJ (Hrsg.): Mehrfach Auffällige - Mehrfach Betroffene, Bonn 1990, S. 110.
10. "Hinter diesen beiden einfachen Worten, mehr desselben, verbirgt sich eines der erfolgreichsten und wirkungsvollsten Katastrophenrezepte, das sich auf unserem Planeten im Laufe der Jahrtausende herausgebildet ... hat" (Watzlawick, Paul: Anleitung zum Unglücklichsein, München/Zürich 1983, S. 27 f.).
11. Stelly, Wolfgang; Thomas, Jürgen: Die Reintegration jugendlicher Mehrfachtäter, ZJJ 2006, S. 50.
12. Vgl. zuletzt Gesetz zur Verbesserung der Bekämpfung der Jugenddelinquenz (Gesetzentwurf des Bundesrates vom 23.03.2006), BT-Drs. 16/1027.
13. **Erster Periodischer Sicherheitsbericht, Berlin 2001, S. 612.**
14. Bundesministerium des Innern; Bundesministerium der Justiz (Hrsg.): Erster Periodischer Sicherheitsbericht, Berlin 2002, S. 612.
15. **Zweiter Periodischer Sicherheitsbericht, Berlin 2006, S. 407**
16. Vgl. die Vorschläge der beiden Reformkommissionen der Deutschen Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen (DVJJ). Die Ergebnisse der ersten DVJJ-Kommission, deren Vorschläge Gegenstand der Beratungen auf dem Jugendgerichtstag 1992 waren, sind veröffentlicht in: DVJJ-Kommission zur Reform des Jugendkriminalrechts, DVJJ-Journal 1992, S. 9 ff.; hierzu vor allem Schüler-Springorum, Horst: Einführung in die Vorschläge der Reformkommission, in: DVJJ (Hrsg.): Jugend im sozialen Rechtsstaat, 1996, S. 47 ff. In diesem Tagungsband sind auch die Beratungen über die Reformvorschläge abgedruckt. Der Abschlussbericht der zweiten, 1999 eingesetzten DVJJ-Reformkommission wurde 2002 veröffentlicht (DVJJ-Journal 2002, S. 227 ff.; ausführlich vor allem Ostendorf, Heribert: Weiterführung der Reform des Jugendstrafrechts. Vorschläge der 2. Jugendstrafrechtsreformkommission

seit Beginn dieses Jahrhunderts (im Unterschied noch zu den 1990er Jahren) entweder eine weitgehende Konstanz oder gar einen Rückgang der Delinquenzbelastung, und zwar auch im Gewaltbereich.³

Der jüngste Bericht der Bund-Länder-AG „Entwicklung der Gewaltkriminalität junger Menschen mit einem Schwerpunkt auf städtischen Ballungsräumen“ (2007) für die Innenministerkonferenz stellt zutreffend fest, dass es zwar im Hellfeld (Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik) einen Anstieg bei Körperverletzungsdelikten, einen Rückgang bei Raubdelikten und bei vorsätzlichen Tötungsdelikten gegeben hat. Es wird aber betont, es seien „keine gesicherten Aussagen zu den Fragen möglich, ob die Jugendgewaltkriminalität in den letzten Jahren einen deutlichen Anstieg zeigt“ (S. 5). Nach den Ergebnissen der Dunkelfeldforschung sei Ursache dieser Zahlen „eine vorrangig aufgrund steigender Anzeigebereitschaft zunehmende Aufhellung des Dunkelfeldes“. Es wird ferner festgestellt: „Auch hinsichtlich der Schwere der Gewaltdelikte ist keine eindeutige Aussage möglich“ (S. 5). Und was die sog. „kriminellen Ausländer“ angeht, kommt der Bericht hinsichtlich der Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik zum Ergebnis: Angaben „zu Tatverdächtigen mit Migrationshintergrund sind derzeit gar nicht oder nur aufgrund unterschiedlicher Erhebungen in einzelnen Ländern bzw. einzelne regionale Auswertungen vorhanden“ (S. 5).

Die jetzige Bundesregierung hat in ihrem **Zweiten Periodischen Sicherheitsbericht** von 2006 ausgeführt: „Gewaltkriminalität ist ein qualitatives, kein quantitatives Problem der polizeilich registrierten Kriminalität; auf deren schwere Formen entfallen derzeit 3,3%, darunter zu über zwei Dritteln gefährliche und schwere Körperverletzung. Innerhalb der Gewaltkriminalität entfallen auf vorsätzliche Tötungsdelikte etwas mehr als 1%. ... Die schwersten Formen der Gewaltdelikte – Mord und Totschlag – sind seit Anfang der 1970er Jahre rückläufig. Körperverletzungsdelikte haben dagegen – in quantitativ-statistischer Betrachtung – zugenommen. In langfristiger Betrachtung hat auch die Zahl polizeilich bekannt gewordener Raubdelikte zugenommen: Seit 1997 sind hier die Zahlen rückläufig, in den letzten Jahren blieben sie weitgehend konstant. Insgesamt gesehen gehen die Täter-Opfer-Konstellationen bei diesen Delikten zu Lasten von jungen Menschen. Opfer von Gewalt Erwachsener sind häufig junge Menschen, Opfer von Gewalt junger Menschen sind in der Regel Gleichaltrige. ... Unter den Tatverdächtigen sind junge Menschen überproportional vertreten. Junge Menschen weisen allerdings in jeder Gesellschaft und zu allen Zeiten eine deutlich höhere Belastung mit registrierter Kriminalität auf als Erwachsene. Jugendkriminalität ist weitaus überwiegend Jungenkriminalität. Die Belastung junger Mädchen und Frauen ist wesentlich geringer als die ihrer männlichen Altersgenossen. Die Situation von überproportional kriminalitätsbelasteten Tätergruppen, z. B. Gruppen von schlecht integrierten Nichtdeutschen, deutet daraufhin, dass hier problematische Sozialisationserfahrungen, individuelle und soziale Mängel sowie Perspektivlosigkeit vielfach den Hintergrund von Kriminalität bilden“ (S. 10).

Die jüngste und derzeit umfassendste Wiederholungsbefragung junger Menschen, die Schülerbefragung durch das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen, die 1998 in

der DVJJ, Strafverteidiger 2002, S. 436 ff.). vgl. ferner das 1993 vom Bundesvorstand der Arbeiterwohlfahrt veröffentlichte Diskussionspapier zur Reform des Jugendhilfe- und des Jugendkriminalrechts (vgl. hierzu: Frommel, Monika; Maelicke, Bernd: Für ein normverdeutlichendes und liberalrechtsstaatliches Jugendstrafrecht, Neue Kriminalpolitik 1994, S. 28 ff.; hierzu Dünkel, Frieder: Jugendhilfe- und/oder Jugendstrafrecht. Anmerkungen zu den Vorschlägen der Arbeiterwohlfahrt für ein neues Jugendstrafrecht, Neue Kriminalpolitik 1995, S. 22 ff.; Merkle, Tobias; Newinger, Beate; Risse, Karen; Skrobaneck, Irene: Vergleich der Reformvorschläge der DVJJ und der AWO zum Jugendkriminalrecht, DVJJ-Journal 5, 1994, S. 1 ff.)

17. Vgl. die Resolutionen des 1. Bundestreffens der Jugendrichter/innen und Jugendstaatsanwälte/innen vom 8. bis 10. Dezember 1993 in Villingen-Schwenningen (DVJJ-Journal 1993, S. 320 f.). Vgl. ferner Walter, Michael: Die Krise der Jugend und die Antwort des Strafrechts, ZStW 2001, S. 743 ff., ferner die Referate auf dem 64. Deutschen Juristentag, abgedruckt in: Ständige Deputation des deutschen Juristentages (Hrsg.): Verhandlungen des vierundsechzigsten Deutschen Juristentages, München 2002 (Albrecht, Hans-Jörg: Ist das deutsche Jugendstrafrecht noch zeitgemäß?, Band I, Teil D; Landau, Herbert: Referat, Band II/1, N37 ff.; Ludwig, Heike: Referat, Band II/1, N9 ff.; Streng, Franz: Referat, Band II/1, N69 ff.; ferner den Bericht zur Strafrechtlichen Abteilung von Sabaß, Verena: Ist das deutsche Jugendstrafrecht noch zeitgemäß?, MSchrKrim 2003, S. 221 ff.) sowie die im Vorfeld des Deutschen Juristentages veröffentlichten Stellungnahmen (Brunner, Rudolf: Ist das deutsche Jugendstrafrecht noch zeitgemäß?, Kriminalistik 2002, S. 418; Goerdeler, Jochen; Sonnen, Bernd-Rüdeger: Das jugendstrafrechtliche Rechtsfolgensystem in der Reform, ZRP 2002, S. 347 ff.; Grunewald, Ralph: Der Individualisierungsauftrag des Jugendstrafrechts, NStZ 2002, S. 452 ff.; Kornprobst, Hans: Ist das deutsche Jugendstrafrecht noch zeitgemäß?, JR 2002, S. 309 ff.; Geisler, Claudius: Reformbedarf im Jugendstrafrecht?, NStZ 2002, S. 449 ff.; Heinz, Wolfgang: Entwicklung der Kriminalität junger Menschen – Anlass für eine Verschärfung des Jugendstrafrechts?, DVJJ-Journal 3/2002, S. 277 ff.; Heinz, Wolfgang: Kinder- und Jugendkriminalität – ist der Strafgesetzgeber gefordert?, ZStW 2002, S. 519 ff.; Kreuzer, Arthur: Ist das deutsche Jugendstrafrecht noch zeitgemäß?, NJW 2002, S. 2345 ff.; Laubenthal, Klaus: Ist das deutsche Jugendstrafrecht noch zeitgemäß?, JZ 2002, S. 807 ff.; Walter, Michael: Das Jugendkriminalrecht in der öffentlichen Diskussion: Fortentwicklung oder Kursänderung zum Erwachsenenstrafrecht, GA 2002, S. 431 ff.).

München, Stuttgart, Hannover und Schwäbisch-Gmünd erstmals durchgeführt und 2002 sowie 2004 wiederholt wurde, kam zum Ergebnis, dass Jugendgewalt (Körperverletzung, Raub, Erpressung und Bedrohung mit Waffen) in allen Befragungsgebieten zurückgegangen ist, ausgenommen München (dort kam es 2005 zu einem Anstieg gegenüber 2000). Die Autoren fassen zusammen: „Anhand des Gesamttrends lässt sich, unter Absehung der lokalen Besonderheit (erg. München, Heinz), aussagen, dass aktuell ca. ein Sechstel weniger Jugendliche durch Gewalt in Erscheinung treten als noch vor sieben Jahren (von 20,1 auf 17,2%).“⁴

Die Annahmen, die den Ausgangspunkt für die Forderung nach einer Verschärfung des Jugendstrafrechts bilden, Jugendkriminalität steige und Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen nehme deutlich zu, wird durch die eigenen Ministeriums- bzw. Regierungsberichte nicht gestützt.

4. Entgegen der in der **Wiesbadener Erklärung** der CDU zur strafrechtlichen Bekämpfung von Jugendkriminalität („Eingreifen“) vertretenen Annahme, harte Strafen schreckten stärker ab und wirkten spezialpräventiv besser, ist nach sämtlichen vorliegenden empirischen Erkenntnissen der Kriminologie „von Sanktionsverschärfungen weder unter spezial- noch unter generalpräventiven Gesichtspunkten eine Reduzierung von Jugendkriminalität zu erwarten.“⁵

Im **Zweiten Periodischen Sicherheitsbericht** der jetzigen Bundesregierung wird zur Abschreckungsthese folgender Forschungsstand referiert: „Entgegen einer weit verbreiteten Alltagsmeinung erscheinen nach dem gegenwärtigen Stand der kriminologischen Forschung die Abschreckungswirkungen (negative Generalprävention) von Androhung, Verhängung oder Vollzug von Strafen eher gering. Für den Bereich der leichten bis mittelschweren Kriminalität jedenfalls gilt grundsätzlich, dass Höhe und Schwere der Strafe keine messbare Bedeutung haben. Lediglich das wahrgenommene Entdeckungsrisiko ist – allerdings nur bei einer Reihe leichterer Delikte –etwas relevant. Bislang wurden auch keine Anhaltspunkte dafür gefunden, dass eine Verschärfung des Strafrechts das Normbewusstsein positiv beeinflussen würde“ (S. 665 f.).

Es gibt auch keinen empirischen Befund, der die Annahme stützen würde, durch härtere Sanktionen oder längere Strafen messbar die Rückfallwahrscheinlichkeit (des bestraften Täters) reduzieren zu können.

In allen methodisch adäquat durchgeführten Untersuchungen erwiesen sich die Rückfallraten nach einer Verurteilung nicht niedriger als nach einer Verfahrenseinstellung (Diversion). Wo – in vergleichbaren Gruppen – Unterschiede beobachtet wurden, waren vielmehr die Rückfallraten nach Diversion niedriger. Negative Effekte der Diversion im Vergleich zur formellen Sanktionierung sind danach nicht belegt. Im Bereich der leichten und mittelschweren Kriminalität haben unterschiedliche Sanktionen ebenfalls keine feststellbar differenzierende Wirkung auf die Legalbewährung; die Sanktionen sind vielmehr weitestgehend ohne messbare Konsequenzen auf die Rückfallraten austauschbar.

18. Vgl. die „Erklärung über die Gegenreform im Jugendstrafrecht“ von 52 Jugendstrafrechtsprofessoren und Kriminologen in der Bundesrepublik Deutschland (abgedruckt in DVJJ-Journal 1998, S. 203 ff.).

19. Teil III. Jugendkriminalität.

Diese Ergebnisse sind folgenreich. Denn im Jugendstrafrecht muss die Wahl der Sanktion stets dadurch gerechtfertigt werden, dass ein solcher Eingriff notwendig und verhältnismäßig ist. Es ist nicht der Nachweis eines größeren Erfolgs weniger eingriffsintensiver Maßnahmen gegenüber den intensiveren Reaktionen zu erbringen, vielmehr bedürfen umgekehrt die eingriffsintensiveren Maßnahmen der Begründung ihrer präventiven Effizienz.

5. Die Befunde der deutschen Sanktionsforschung fügen sich bruchlos ein in den allgemeinen Wissensstand kriminologischer Forschung.

Insbesondere die neueren US-amerikanischen Sekundäranalysen⁶ zeigen, dass von einer "tough on crime"-Kriminalpolitik, die auf Strafschärfungen, insbesondere auf freiheitsentziehende Sanktionen setzt, keine positiven Effekte zu erwarten sind. Programme, die auf spezialpräventive Abschreckung abzielten, sei es durch kurzen Freiheitsentzug (shock probation), durch längere, mit militärischem Drill verbundene Internierung (boot camps) oder in Form von Gefängnisbesuchsprogrammen (scared straight), hatten nicht die erwünschten Effekte, die Rückfallraten der (nicht in diese Programme einbezogenen) Vergleichsgruppen waren nicht höher, in einer Reihe von Untersuchungen sogar niedriger. Kurz: nach härteren, insbesondere nach freiheitsentziehenden Sanktionen waren die Rückfallraten bei vergleichbaren Tat- und Tätergruppen nicht niedriger, sondern eher höher als nach weniger eingriffsintensiven Sanktionen.

6. Deshalb wird schon seit Jahren in der deutschsprachigen kriminologischen Forschung formuliert: „Vernünftige, vorsichtige, zurückhaltende Sanktionen zahlen sich in der Bilanz auch oder sogar gerade bei Karrieretätern noch am ehesten aus.“⁷ Oder noch kürzer formuliert: „Dem Glauben an die instrumentelle Nützlichkeit eines ‚harten‘ Strafrechts fehlt heute mehr denn je die erfahrungswissenschaftliche Basis.“⁸ Und denjenigen, die ein „Wehret den Anfängen“ durch frühe und deutliche strafrechtliche Sanktionen fordern, wurde schon vor Jahren entgegengehalten: „Je früher und je konsequenter auf einen bestimmten Delikttyp strafend reagiert wird, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass die kriminelle Karriere verlängert wird. Bestimmte rein strafende Sanktionsabfolgen erhöhen das Risiko, dass es nach einer dritten noch zu einer vierten Straftat kommt, auf das Dreifache.“⁹

7. Das derzeit populäre Konzept "tough on crime" ist ein Katastrophenrezept, weil es dem falschen Prinzip "mehr desselben"¹⁰ folgt. Es steht zu sämtlichen Ergebnissen der einschlägigen empirischen Forschung in Widerspruch. Kriminalität wird durch härtere Sanktionen nicht reduziert, sondern allenfalls gefördert. Innere Sicherheit wird dadurch jedenfalls nicht erhöht, sondern gefährdet, indem Steuergelder in verfehlte Maßnahmen investiert werden, statt sie dort einzusetzen, wo es erzieherisch und integrativ sinnvoll wäre.

Mit einer „tough on crime“-Kriminalpolitik werden aber nicht nur falsche Erwartungen – Kriminalitätsraten nachhaltig zu senken – geweckt, sondern es wird auch der richtige Ansatz systematisch verfehlt. Eine derartige Kriminalpolitik verkürzt Kriminalpolitik auf Strafrechtspolitik und überschätzt dabei

zugleich die präventiven Möglichkeiten des Strafrechts. Kriminalität ist durch eine Vielzahl von ökonomischen, sozialen, individuellen und situativen Faktoren bedingt, die regelmäßig außerhalb des Einflusses des strafrechtlichen Systems liegen. So zeigen z.B. Untersuchungen zur Kriminalität sowohl jugendlicher Mehrfach- und Intensivtäter wie jugendlicher Gewalttäter ein hohes Maß sozialer Defizite und Mängellagen bei diesen Tätergruppen, angefangen von erfahrener, beobachteter und tolerierter Gewalt in der Familie, materiellen Notlagen, Integrationsproblemen vor allem bei jungen Zuwanderern (mit oder ohne deutschen Pass), bis hin zu Schwierigkeiten in Schule und Ausbildung und dadurch bedingter Chancen- und Perspektivlosigkeit. Lebenslagen und Schicksale sind positiv beeinflussbar – aber nicht mit den Mitteln des Strafrechts. Die Forschungen zeigen, dass die negativen Entwicklungsdynamiken krimineller Karrieren gebrochen werden können, aber nicht durch strafrechtliche Intervention, sondern durch „Verbesserung der Chancen der Jugendlichen auf soziale Teilhabe“. **11**

Von den Einsichten eines Thomas Morus, der bereits im 16. Jahrhundert eine Sozialpolitik statt einer Kriminalpolitik forderte, eines Aufklärers des 18. Jahrhunderts – Cesare Beccaria: „Besser ist es, den Verbrechen vorzubeugen als sie zu bestrafen“ – oder eines Strafrechtslehrers zu Beginn unseres Jahrhunderts – Franz von Liszt: „Sozialpolitik (stellt) zugleich die beste und wirksamste Kriminalpolitik dar“ – ist die gegenwärtige, in Teilen populistisch orientierte kriminalpolitische Diskussion weit entfernt. Soziale Defizite und Mängellagen, die insbesondere bei jugendlichen Mehrfach- und Intensivtätern, bei jugendlichen Gewalttätern und bei auffällig gewordenen Zuwanderern festzustellen sind, können mit den Mitteln des Strafrechts nicht beseitigt werden. Mit Strafrecht lassen sich soziale Probleme nicht lösen. Strafrecht kann weder Ersatz noch darf es Lückenbüßer sein für Kinder- und Jugendhilfe, für Sozial- und Integrationspolitik. (Jugend) Strafrecht ist ultima ratio.

8. Entgegen Forderungen nach einer Verschärfung des Jugendstrafrechts, die von Teilen der CDU/CSU nicht erst jetzt im Zusammenhang mit den Landtagswahlkämpfen in Hessen und Niedersachsen sondern schon in den vergangenen Jahren erhoben worden sind, **12** hat die (rot-grüne) Bundesregierung in ihrem Ersten Periodischen Sicherheitsbericht von 2001 in Übereinstimmung mit den empirischen Befunden festgehalten:

„Hinter der Forderung nach einer Ausweitung und Verschärfung des Jugendstrafrechts steht insbesondere die Vorstellung, hierdurch lasse sich der Jugendkriminalität wirksamer begegnen. Für diese Annahme gibt es keine Belege aus der empirischen Sozialforschung. Vielmehr bestehen Anhaltspunkte dafür, dass einer erneuten Straffälligkeit durch nichtförmliche (Diversion) und ambulante Maßnahmen wirksamer vorgebeugt werden kann, als dies durch traditionelle (Geldauflage) und insbesondere stationäre Sanktionen (Jugendarrest, Jugendstrafe) erreicht werden könnte. Da freiheitsentziehende Maßnahmen und vor allem Untersuchungshaft die Entwicklung von Jugendlichen nachhaltig zu beeinträchtigen vermögen, sollte hierauf nur als ultima ratio zurückgegriffen werden.“ **13** Weiter wurde ausgeführt: „Die Bundesregierung sieht nach den im Sicherheitsbericht getroffenen Analysen keinen Anlass,

Verschärfungen des Jugendstrafrechts vorzunehmen oder auf eine frühere Anwendung des Erwachsenenstrafrechts bei Heranwachsenden hinzuwirken. ... Hinter der Forderung nach einer Ausweitung und Verschärfung des Jugendstrafrechts steht insbesondere die Vorstellung, hierdurch lasse sich der Jugendkriminalität wirksamer begegnen. Für diese Annahme gibt es keine Belege aus der empirischen Sozialforschung.“**14**

Bekräftigt wird diese Auffassung auch im Zweiten Periodischen Sicherheitsbericht der jetzigen Bundesregierung von 2006: „Das geltende Jugendstrafrecht hat sich bewährt. Es bietet ausreichende und angemessene Möglichkeiten zur flexiblen Verfahrensgestaltung und zur differenzierten Reaktion und Sanktionierung bei Straftaten junger Menschen. Deren Straftaten sind insgesamt weiterhin von leichterem bis mittelschwerer Delinquenz geprägt. Die kriminologischen und empirischen Erkenntnisse, die für die Ausgestaltung des Jugendkriminalrechts unter dem Erziehungsgedanken maßgeblich waren, haben unverändert Gültigkeit.“**15**

Die Bundesregierung befindet sich mit dieser Haltung in voller Übereinstimmung mit der weit überwiegenden Mehrzahl der Stimmen aus Fachverbänden,**16** Praxis**17** und Wissenschaft.**18** Die [Wiesbadener Erklärung](#) der CDU zur Jugendkriminalpolitik**19** steht dazu in krassem Widerspruch.

Die Unterstützer/innen

A Marco Ackermann, Pädagoge, Marburg; Hildegard Adam, JGH Stadt Solingen; Astrid Aengenheister, Fachanwältin, Bonn; Sarina Ahmed, Universität Kassel; Dr. Wilfried Ahrens, Göttingen; Horst Alester, Sozialarbeiter; Anet Alert, Sozialpädagogin; Michael Alex, Ruhr-Universität Bochum; Stefan Allgeier, Fachanwalt, Mannheim; Dr. Eva-Julia Anders-Hoepgen, Berlin; Sabine Andresen, Bielefeld; Dr. Johannes Angermüller, Universität Magdeburg; Bernhard Anna; Prof. Dr. Jörg Arnold, Freiburg; Peter Asprien, Freiburg; Gerd Asselborn, Koordinator des psychologischen Dienstes der JVA Iserlohn; Harald Auderer, Sozialarbeiter; Elvira Auerbach; Prof. i. R. Dr. Georg Auernheimer, Brühl; Roland Autenrieth, Rechtsanwalt, München; **B** Elke Bahl, Verein Bremische Straffälligenbetreuung, Bremen; Gerhard Baisch, Rechtsanwalt, Bremen; Konstantin Bajohr, Rechtsanwalt, Berlin; Lorenz Bahr, Stellvertretender Vorsitzender des LJHA Rheinland; Martin Bamesberger, Stadtteil-Schule e.V.; Dr. Beatriz Barquero, Deutsches Jugendinstitut, München; Cornelia Bauer, AFET; Martin Bauer, Religionspädagoge; Reinhold Bauer, SOS-Kinderdorf e.V.; Harald Baumann-Hasske, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen, Dresden; Kristina Baumert; Maximilian Baumgart; Dr. Jesko Baumhöfener, Universität Hamburg; Dr. Michael C. Baurmann, Mainz; Helge Barß, Sozialarbeiter; Katharina Batz, Rechtsanwältin, Siegen; Detlev Beaury, Neustadt a. Rbge.; Cornelia Beck, Kriminologin, Duisburg; Caroline Beekmann, München; Prof. Dr. Wolfgang Behlert, Fachhochschule Jena; Elvira Berndt; Thomas Behrendt, Bewährungshelfer, Berlin; Christian Behrens, Universität Leuphana; Anke Beilmann, Rechtsanwältin, Witten; Horst Beisel, Universität Heidelberg;

Thomas B. Belitz, Rechtsanwalt, Schwerte; Hartmut Bendig, Jugendgerichtshilfe Bremen; Garnet Benna, JVA Iserlohn; Prof. Dr. Mechthild Bereswill, Universität Kassel; Yvonne Berg, Rechtsanwältin, Osnabrück; Beatrix Berger, Löbau; Gabi Bergner, Sozialpädagogin, Hamburg; Udo Bergner, Sozialpädagogin, Hamburg; Monika Berling, Hamburg; Prof. Dr. Uwe Berlit, Universität Leipzig; Kerstin Bernauer, Sozialarbeiterin, Berlin; Prof. Dr. med. Wolfgang Berner, Direktor des Instituts für Sexualforschung und Forensische Psychiatrie, Hamburg; Prof. Dr. Dr. Gerhard Besier, TU Dresden; Prof. Dr. Hubert Beste, Fachhochschule Landshut; Prof. Dr. Frank Bettinger, Bremen; Marlene Biberacher, Eching; Donald Bieß, Stuttgart; Prof. Dr. Wolfgang Bilsky, Münster; Gabriele Bindel-Kögel, TU Berlin; Sabine Birken, Strafverteidigerin, Münster; Steffen Bischof, Neubrandenburg; Maria Bitzan, Hochschule Esslingen; Dr. Frank Bleckmann, Richter am Landgericht; Prof. Dr. Thomas Bliesener, Universität Kiel; Thomas Bliwier; Diana Blum, Rechtsanwältin, Berlin; Hans-Alfred Blumenstein, Vors. Richter am OLG a.D.; Matthias Blumentritt, JGH, Dresden; Gabriele Brodrecht, Bad Salzungen; Annegret Böhme, Sozialarbeiterin, Brücke München; Prof. Dr. Lorenz Böllinger, Universität Bremen; Arno Bölts-Thunecke, Amtsgericht Euskirchen; Dr. Dr. habil. Dieter Bönitz, Göttingen; Andreas Börder, Bremer Zentrum für Jugend- und Erwachsenenhilfe; Prof. Dr. Klaus Boers, Universität Münster; Prof. Dr. Martin Böse; Stefan Bohnenberger, Sozialarbeiter; Dr. Eberhard Bolay, Universität Tübingen; Barbara Borchert, Sozialarbeiterin, Hamburg; Brigitte Bork; Christiane Born-Kaulbach; Sven Borsche, Referent für Jugendfragen Arbeiterwohlfahrt Bundesverband, Berlin; Irina Borowski, Sozialpädagogin; Dr. Peter Boy, Universität Bremen; Elke Brachaus; Maren Bracker, Universität Kassel; Ulrike Rosa Bracker, Hamburg; Kurt F. Braml Geschäftsführer Evangelische Jugendsozialarbeit Bayern e.V.; Peter Brandler, ehemaliger Jugendrichter; Isabell Brandt, JGH, Berlin; Stefan Breternitz, Thüringer Oberlandesgericht, Gotha; Klaus Breymann, Oberstaatsanwalt, Magdeburg; Marcus Brinkmeier, Rechtsanwalt, Düsseldorf; Christine Brosig; Kirsten Bruhns, Deutsches Jugendinstitut, München; Prof. Dr. Micha Brumlik, Frankfurt/Main; Katharina Buch, Rechtsanwältin, Berlin; Oliver Buckolt, Universität Gießen; Prof. Dr. Wolf-Dietrich Bukow, Universität Köln; Ulrike Bühler, Sozialarbeiterin; Ralf Bührs, Bremer Institut für Kriminalpolitik; Markus Bündgens, Rechtsanwalt, Köln; Prof. Dr. Birgit Bütow, Fachhochschule Jena/TU Dresden; Dr. Susann Burchardt, Deutsches Jugendinstitut, Halle/Saale; Volker Burgard, Rechtsanwalt, Hamm; Klaus Burghardt, Bewährungshelfer, München; Dr. Sven-U. Burkhardt, Rechtsanwalt, Bremen; Prof. Dr. Kai Bussmann, Universität Magdeburg; **C** Anna Carlius, Rechtsanwältin, Bonn; Marie-Louise Charlon; Stephan Cinkl, Psychologe, Strausberg; Hannes Clausen, Bund der Pfadfinderinnen und Pfadfinder; Prof. Dr. Peter Cloos, Universität Hildesheim; Dr. Heinrich Comes; Peter Comin, JGH, Greven; Prof. Dr. Heinz Cornel, Berlin; Monika Cosma, JGH, Kulmbach; Anja Cosmai, Iserlohn; Prof. Dr. Wolfram Cremer, Universität Bochum; Prof. Dr. Helga Cremer-Schäfer, Universität Frankfurt/Main; **D** Prof. Dr. Stefanie Debiel, Holzminden; Prof. Dr. Wolfgang Deichsel, Evangelische Fachhochschule, Dresden; Rainer Deimel, ABA Fachverband Offene Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, Dortmund; Gerd Delattre, Köln; Lawrence Desnizza, Rechtsanwalt, Berlin; Axel Dessecker, Kriminologische Zentralstelle; Irina Deutsch, JGH

Chemnitz; Peter Deutsch, Verein für Jugend- und Familienhilfen e.V. München; Prof. Dr. Michael Dick, Universität Magdeburg; Jens Dieckmann, Rechtsanwalt, Bonn; Doris Dierbach, Rechtsanwältin, Frankfurt/Main; Yvonne Diestel; Jörg Diestelmeier, Richter beim Amtsgericht; Rainer Dietrich, Leipzig; Karin Dietzschold, TOA Böblingen; Katja Dirschauer, JGH Dresden; Dr. Eva Sybille Disse, Rechtsanwältin und Notarin, Essen; Prof. Dr. Margret Dörr, Katholische Hochschule für Soziale Arbeit, Saarbrücken; PD Dr. Bernd Dollinger, Pädagogische Hochschule Freiburg; Beate Dormann, Sozialpädagogin; Klaus Dornbusch; Dr. Kirstin Drenkhahn, Universität Greifswald; Dr. Regine Drewniak, Hameln; Renate Drews, Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg; Gisbert Dröge, Leipzig; Prof. Dr. Frieder Dünkel, Universität Greifswald; **E** Ulrike Ebbing, SOS-Kinderdorf Schwarzwald; Helmut Ebel; Leiter der JVA Lingen-Damaschke; Tilmann Ebel, Stadtkultur gGmbH, Berlin; Frido Ebeling, Lüneburg; Stefan Eberitzsch, Universität Dortmund; Prof. Dr. Lutz H. Eckensberger, Universität Frankfurt/Main; Gisela Eckert, Neustadt a. Rbge.; Prof. Dr. Herbert Effinger, Evangelische Hochschule für Soziale Arbeit, Dresden; Prof. Dr. Rudolf Egg, Wiesbaden; Thomas Eggs; Michael Eibl, Direktor Katholische Jugendfürsorge der Diözese Regensburg; Peter Eifel, JGH; Saarbrücken; Lutz Eisel, Rechtsanwalt und Notar, Bochum; Dirk Eisermann, JGH Erfurt; Dr. Manuel Eisner, Cambridge; Monika Elm, Sozialarbeiterin, Berlin; Jürgen Elsen-Bollig, Sozialarbeiter; Olaf Emig, Bremen; Jürgen Engelhardt, Jugendamt Erfurt; Gabriele Engels; Karl Engels, Rechtsanwalt, Essen; Gabriele Engler, TOA Böblingen; Dr. Thomas Enke, Fachhochschule Polizei Sachsen-Anhalt; Susanne Erhardt, Sozialarbeiterin; Dr. Josef Estermann, Luzern; Ulrike Eudenbach-Schürgers, Ärztin, Möhnesee; Hans-Dieter Ewe; Eberhard Ewers; Pfarrer Martin Faber, Vorsitzender der Ev. Konferenz für Gefängnisseelsorge in Deutschland; **F** Klaus Farin, Archiv der Jugendkulturen, Berlin; Irmengard Fassmann, Stadtjugendamt München; Prof. Dr. Johannes Feest, Universität Bremen; Susann Fegter, Universität Bielefeld; Hildegard Fehringer, Sozialpädagogin, München; Tim Feicke, Richter, Elmshorn; Nadine Feldmann, Jugendgerichtshelferin, Ibbenbüren; Professor Dr. Thomas Feltes, Ruhr-Universität Bochum; Prof. Dr. Wolfgang Feuerhelm; Ernst Figl, Ministerialrat, Justizministerium Sachsen-Anhalt; Christel Finckh, Jugendgerichtshelferin, Esslingen; Peter Finkensiep, Die Brücke Dortmund; Andrea von Finkh, Rechtsanwältin, Berlin; Wolfgang Fischbach; Prof. Dr. Henning Fischer, Hochschule Merseburg; Prof. Dr. Lothar Fischer, Kassel; Petra Fischer, JGH, Berlin Tempelhof-Schöneberg; Tim Fischer, Beamter, Berlin; Norbert Flach, ver.di-Landesbezirk Bayern; Gerd Flint, Rechtsanwalt und Notar, Dortmund; Prof. Dr. Gaby Flösser, Universität Dortmund; Angelika Förster, Kriminologin, Seeheim-Jugenheim; Prof. Dr. Insa Fooken, Universität Siegen; Marina Franze-Schäfer; Helmut Frenzel, Richter, Berlin; Christoph Freudenreich, Direktor des Amtsgerichts, Rottenburg; Dr. Bernhard Frevel, Fachhochschule für öffentliches Recht NRW; Prof. Dr. Jürgen Friedrichs, Universität Köln; Konstanze Fritsch; Katja Fritsche, Richterin; Peter Fritschka; Alyn Fritz, Staatsanwältin Landgericht Flensburg; Monika Frommel; Prof. D. Fußnegger, Berufsakademie Stuttgart; **G** Christian Gabriel, Leipzig; Gabriele Gabriel, Universität Leipzig; Prof. Dr. Manfred Garhammer, Nürnberg; Dr. Boris Geier, Deutsches Jugendinstitut, München; Peter Geisler, JGH, Kassel; Bernd Geng, Universität Greifswald; Andrea Gensing; Iljana

Gerhardt, Wetteraukreis; Joachim Germann, Riedstadt; Magnus Gers, Neustadt a. Rbge.; Hartmut Gerstein, Landesjugendamt, Mainz; Birger Gesthüsen, Sozialarbeiter, Lübeck; Meike Glaß, BBS Alfeld; Gert-Joachim Glaeßner; Bernhard Gleitz, Münster; Dr. med. Penelope Glenn, Fachärztin für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Münster; Prof. Ullrich Gintzel, Sozialpädagogin und Erziehungswissenschaftlerin, Dresden; Prof. Dr. Dietlinde Gipsier, Universität Hannover; Irmgard und Klaus Gnielka, Verein Kontakt e.V., Alfeld; Manfred R. Gnjudic, Rechtsanwalt, Ulm; Clemens Göb, Sozialpädagogin; Dr. Ingke Goeckenjan, Universität Bayreuth; Katja Goedelt; Jochen Goerdeler, DVJJ-Geschäftsführer, Hannover; Gabriele Goerke-Rexroth, Heilbronn; Ulrich Görn, Pädagogin, Ludwigslust; Prof. Dr. Brigitta Goldberg, Evangelische Fachhochschule Rheinland-Westfalen-Lippe, Bochum; Armin Golzem, Vorsitzender der Vereinigung Hessischer Strafverteidiger; Christine Graebisch, Universität Bremen; Prof. Dr. Christian Grafl, Universität Wien; Rechtsanwältin Groos, Berlin; Andrea Groß-Bölting, Rechtsanwältin, Wuppertal; Christian Grube, Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht Hamburg; Dagmar Gruber, Losheim am See; Petra Guder, Kriminologin, Lübbecke; Gisela Günzel, JGH Chemnitz; Hans Guggenheim, Mannheim; Kai Guthke, Rechtsanwalt, Frankfurt/Main; Lili Gutknecht, JGH, Holzminden; H Elke Häusler; Prof. Dr. Otmar Hagemann, Fachhochschule Kiel; Maika Hagener, JGH, Lüneburg; Peter Hahlbrock; Dr. Gernot Hahn, Sozialpädagogin, Erlangen; Kerstin Haim; Lydia Halbhuber-Gassner, Vorsitzende der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft Straffälligenhilfe; Ria Halbritter, Rechtsanwältin, Berlin; Prof. Dr. Franz Hamburger, Universität Mainz; Wilfried Hamm, Sprecher des Bundesvorstandes der Neuen Richtervereinigung; Christoph Hampel, Diakonischen Werkes Pirna; Marius Harring, Universität Bremen; Prof. Dr. Arthur Hartmann; Karl Hartmann, Brücke Dachau; René Hartnauer, Bad Frankenhausen; Dr. Jürgen Haupt, Brücke München; Katharina Haxsen, Jugendgerichtshelferin; Prof. Dr. Wolfgang Heckmann, Magdeburg; Diana Hein, Universität Leipzig; Gabriele Heins; Dr. Olaf Heischel, BVB-Vorsitzender; Inge Heisinger, JGH, Bad Kreuznach; Kathrin Heitbreder, Iserlohn; Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer, Universität Bielefeld; Dierk Helmken, Richter Amtsgericht Heidelberg; Peter Henle, Rechtsanwalt, München; Volker Hensdiek, Rechtsanwalt; Fabian Herbert; Catherine Herrmann, Bezirksamt Spandau; Prof. Dr. Franz Herrmann, Hochschule Esslingen; Martin Herrmann gbb, Köln; Jens Heuer, Rechtsanwalt; Wolfgang Heufes; Carl W. Heydenreich, Rechtsanwalt, Bonn; Dr. Lutz-Peter Hiersemenzel, Facharzt für Neurologie und Psychiatrie, Solothurn; Dr. Christian Hilgartner, Rechtsanwalt, Stolzenau; Christine Hillebrecht, Neustadt a. Rbge.; Helmut Hille-Brunke, Vorsitzender Richter am Landgericht, Tübingen; Veronika Hillenstedt, Sozialpädagogin; Ulrike Hinkelmann, Sozialarbeiterin, Leipzig; Knut Hinrichs; Astrid Hinse, Neustadt a. Rbge.; Lothar Bruno Hinz, Rechtsanwalt; Thomas Hirsch, Richter am Amtsgericht, Leiter der Jugendarrestanstalt Berlin; Prof. Dr. Uwe Hirschfeld, Dresden; Carsten von Hof, Jugendgerichtshelfer, Göttingen; Thomas Höllrich, Rechtsanwalt, Reichenbach; Kristin Hofmann, Dresden; Rainer M. Hofmann; Dr. Jens Hoffmann, Psychologin, TU Darmstadt; Martin Hoffmann, DVJJ-Landesgruppe Saarland; Melanie Holpp, JGH Dresden; Bernd Holthusen; Harald Holzmann, Sozialarbeiter; Prof. Dr. Claudia Honegger, Universität Bern; Leander Honeck, Neustadt an der

Weinstraße; Sabrina Hoops; Nicole Horlbeck, Brücke Plauen; Thomas Horn, Sozialarbeiter, Osterholz-Scharmbeck; Robert Hotstegs, Rechtsanwalt; Thomas Hovest, Sozialpädagoge, Sögel; Dr. Barbara Huber, Max-Planck-Institut, Freiburg; Hans-Peter Huber, Bewährungshelfer, München; Margret Huchler, Bewährungshelferin; Prof. Konrad Huchting, Emden; Angela Hühne, Sozialarbeiterin; Arend Hüncken, Alfeld; Dr. Jörg Hüttermann, Universität Bielefeld; Susanne Huick, Landkreis Diepholz; Humanistische Union, Bundesvorstand; Prof. Dr. Klaus Hurrelmann, Universität Bielefeld; Sigrid Huth-Kitlikoglu, Rechtsanwältin; Norbert Huylmans, Jugendgerichtshelfer; **I** Gesine Ickert, Rechtsanwältin, Dortmund; Prof. Dr. Adelheid Iken, Hamburg; Jürgen Illers; Dr. Christian Irmer-Tiedt, Staatsanwalt; **J** Carsten Jaeger, Rechtsanwalt, Dortmund; Daniela Julia Jäger, Köln; Dr. Jutta Jahns-Böhm, Juristin; Reinhold Jakob, Jugendgerichtshelfer, Diepholz; Roberto Jankowski, JGH; Dr. Michael Jasch, Institut für Kriminalwissenschaften der Universität Frankfurt/Main; Prof. Dr. Jörg-Martin Jehle, Universität Göttingen; Dietrich Jenner, Sozialarbeiter; Ulrike Jensen; Brigitte Jonasch, Jugendrichterin; Monika Joosten-Kremer, Psychologin; Prof. Dr. Heike Jung, Saarbrücken; Paul Jung, Jugendhilfswerk Freiburg; H.J.Jungblut, Fachhochschule Münster; Uwe Jung-Pätzold, Bretten; **K** Marit Kämmerer, EJM-Lazarus gemeinnützige AG, Berlin; Rebekka Kahle, Diakonischen Werk Pirna; Eva Kaletsch, Rechtsanwältin und Mediatorin, Duisburg; Prof. Dr. Bernhard Kalicki, Psychologe, Staatsinstitut für Frühpädagogik, München; Olaf Kalugin, Jugendgerichtshelfer, Heilbronn; Iris Kaminski, Sozialtherapeutin, Kassel; Prof. Dr. Manfred Kappeler, Berlin; Ines Karl, Staatsanwältin, Berlin; Jörg Kartenberg, Schwelm; Frank Kassube, EJM-Lazarus gemeinnützige AG, Berlin; Joachim Katz, Hamburg; Wolfgang Kaul, Sozialarbeiter; Prof. Gabriele Kawamura-Reindl, Georg-Simon-Ohm-Hochschule Nürnberg; Jürgen Keller, Sozialarbeiter/ JGH; Jacqueline Kempfer, Institut für Kriminalwissenschaften, Universität Marburg; Fabian Keppler, Universität Leipzig; Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner, Instituts für Kriminologie, Universität Tübingen; Thomas Kieseritzky, Fachanwalt, Frankfurt/Main; Prof. Dr. Rainer Kilb, Hochschule Mannheim; Ines Kilian, Rechtsanwältin, Dresden; Marion Kindzorra, JGH Landsberg; Prof. Dr. Jörg Kinzig; Prof. Dr. Gerd Ferdinand Kirchhoff; Reinhold Kirch, Soziologe, Saarbrücken; Lefter Kitlikoglu, Rechtsanwalt; Willy Klawe, Institut für Soziale Praxis, Hamburg; Holger Klein, Jugendgerichtshelfer, Göttingen; Erika Kleinau, JGH; Margrit Kleuker, JGH, Göttingen; Peter Klinder, Starnberg; Bernd Klippstein, Freiburg; Jürgen Klink; Prof. Dr. G. Klosinski, Tübingen; Ulrike Klotz, Stadtkultur gGmbH, Berlin; Eva Knapp; Prof. Dr. Christoph Knödler, Georg-Simon-Ohm-Hochschule Nürnberg; Günter Knüwer, Sozialarbeiter; Kathrin Köhn, JGH Chemnitz; Martina Kobriger, Präsidentin des Bayerischen Jugendrings, München; Prof. Dr. Gerd Koch, Berlin; Priv.-Doz. Dr. Ralf Kölbel, Universität Jena; Tim Köhler, Universität Bielefeld; Wolfram Köhler, JVA Heinsberg; Prof. Dr. Günter Köhnken; Norbert Köhne, Leiter Soziale Dienste, Pforzheim; Ulf Köpcke, Rechtsanwalt; Romy Körnig, JGH Dresden; Marcus Köster, Neustadt a. Rbge.; Ralf Kohlhaas, Brücke Altenkirchen; Peter Kohlschmid, Landratsamt München; Dagmar Kolter; Stefan Korntheuer, Brücke Dachau; Klaus Kommoß, Berlin; Birgit Kothen; Wolfgang Kotsch, Rechtsanwalt, Berlin; Friedrich Kovar, Landespolizeikommando, Wien; Dr. Markus Kowalzyck, Leist;

Iris Kraatz, Seesener Brücke; Franz Josef Krafeld; Ulrich Kraft, Rechtsanwalt; Michael Krane, Camera Zwo; Prof. Dr. Detlef Krauß, HU Berlin; Reiner Krauß, Landesarbeitsgemeinschaft Schleswig-Holsteinischer Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer; Claudia Krakau; Prof. Dr. Barbara Krause, Aachen; Peter Kremer, Arzt, Reichenau; Ludwig Kretzschmar, Vorsitzender der DVJJ-Regionalgruppe Südbayern; Hans-Joachim Krieger, Breiholz; Dr. Peter Krieger, Rechtsanwalt, Bonn; Arthur Kröhnert, Bundesgeschäftsführer Die Kinderschutz-Zentren, Köln; Prof. Dr. Hans-Peter Krueger, Universität Würzburg; Helga Krüger Stadtteil-Schule e.V.; Angelika Kruse, Göttingen; Thorsten Kubach, Marburg; Werner Kübler, Remseck; Prof. Dr. Wolfgang Kühn, Fachhochschule Jena; Rüdiger Kühn, Stadtteilbezogene Millieunahe Erziehungshilfen Hamburg; Prof. Dr. Wolfgang Kuehnel, Berlin; Prof. Dr. Annemarie Kuhn, Fachhochschule Koblenz; Veit Kuhr, Trossingen; Werner Kunath, Kriminalbeamter, Hamburg; Daniela Kundt, JGH, Heilbronn; Karl-Ludwig Kunz, Universität Bern; Gerhard Kuntze; Frank Kunze, Jugendbeauftragter der Polizei, Bremen; Kristin Kurth, Jugendhilfeverein Fähre, Fulda; Otmar Kury, Präsident der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer Hamburg; Prof. Dr. Nadia Kutscher, Katholische Fachhochschule, Aachen; Bernhard Kwiatkowski, Katholische Jugendfürsorge München; L Regina Lätzer, Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf; Prof. Dr. Marion Laging, Hochschule Esslingen; Dr. Frank Lammerding, Amtsleiter Jugendamt Oldenburg; Prof. Dr. Siegfried Lamnek, Wettstetten-Echenzell; Beate Landgraf, JGH Rüsselsheim; Christoph Lang, Jugendgerichtshilfe Stadt Freiburg; Jens Lange, TU Dortmund; Peter Lange, Brücke Plauen; Thomas Langholf, Neustadt a. Rbge.; H. Lappe; Günter Laskowski, Koordinator Gewaltprävention und Qualitätsentwicklung Kinder- und Jugendhilfe; Nancy Laubisch; Nadine Lauer, Universität Bielefeld; Dr. Dr. Rüdiger Lautmann, Universität Bremen; Dr. Werner Lehne, Universität Hamburg, Institut für Kriminologische Sozialforschung; Erika Leimkühler, Rechtsanwältin; Andreas Leipold, Richter; Hans-Josef Lembeck, Psychologe, Hamburg; Prof. Dr. Dr. Reinhart Lempp, Kinder- und Jugendpsychiater, Stuttgart; Inge Lenk, JGH Dresden; A. Leuschner, Haby; Doris Leymann, Referentin Jugendberufshilfe, Berlin; Prof. Dr. Manfred Liebel; Hasso Lieber, Vorsitzender des Schöffengerichtes, Berlin; Prof. Dr. Wolfgang Lienemann, Universität Bern; Dr. Thorsten Lindemann, Rechtsanwalt; Prof. Dr. Michael Lindenberg, Hamburg; Prof. Dr. Werner Lindner, Fachhochschule Jena; Dr. Annette Linkhorst, Rechtsanwältin; Ulrike Loch, Deutsches Jugendinstitut, München; Dr. Peter Lock, Hamburg; Dr. Holle Eva Löhr, Leitende Oberstaatsanwältin i.R.; Klaus Loersch, Wetzlar; Siegfried Löprick, Rosdorf; FU Berlin; Jürgen Lohse, Gesellschaft für Integrative Soziale Beratung und Unterstützung, Bremerhaven; Andreas Lorenz, Katholische Landesarbeitsgemeinschaft für Jugendsozialarbeit in Baden-Württemberg, Freiburg; Andrea Lucas, Jugendrichterin, Hamburg; Marianne Lübbemeier; Sascha Lübbersmann, Rechtsanwalt, Münster; Dr. Christian Lüders; Sven Lueders, Humanistische Union; Peter Ludwig, Sozialtherapeut, Kassel; Michael Ludewigs, Neustadt a. Rbge.; Prof. Dr. Heike Ludwig, Fachhochschule Jena; Prof. Dr. Wolfgang Ludwig-Mayerhofer, Universität Siegen; Bewährungshelferin; Sabine Lüneburg, Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf; Dr. Albrecht Luethke, Jugendrichter a.D., Rechtsanwalt; Dagmar Luethke, Jugendrichterin, Rostock; Sylvia Lustig, München; M Dr.

Kathrin Macke, Gilde Soziale Arbeit; Sabine Macke, Sozialpädagogin; Prof. Dr. Bernd Maelicke, Universität Lüneburg; Stephan Maiwald-Hölzl, Staatsanwalt, Frankenthal; Richard Majewski, Stadt Kassel; Evelyn Majstrak, Magdeburg; Corinna Malik; Dr. Katharina Manderscheid, Lancaster University; Prof. Dr. Jürgen Mansel, Universität Bielefeld; Adam Mantel, Sozialpädagogin, Aschaffenburg; Prof. Dr. Andreas Markert, Hochschule Zittau/Görlitz, Görlitz; Hans Marquardt, Landratsamt München; Ulrike Marquardt, Brücke Plauen; Gabriele Martens, Rechtsanwältin, Rheda-Wiedenbrück; Thomas Marthaler, Pädagoge, Universität Kassel; Günter Martienssen, Lübeck; Dr. Rolf Marschner, Rechtsanwalt, München; Christian Martens, Psychologe, Siegburg; Julia Martini, Juristin; Michael Marx, Rechtsanwalt, Aachen; Prof. Dr. Rita Marx, Fachhochschule Potsdam; Olof S. Masch, Jugend- und Familienrichter, Hamburg; Prof. Dr. Werner Maschke, Hochschule für Polizei, Villingen-Schwenningen; Tabea Matthies, Wiesbaden; Michael Matzke; Inge Maukisch, JGH Dresden; Prof. Dr. Susanne Maurer, Marburg; Horst Mayer, Jugendamt Stadt Jena; Peter Mayer, Jugendgerichtshelfer, Kaiserslautern; Cornelia McCreedy, Rechtsanwältin; Anika Meerhoff, Straffälligenhilfe Bielefeld; Friedrich-Joachim Mehmel, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen, Hamburg; Prof. Dr. Bernd-Dieter Meier, Universität Hannover; Thomas Meissner, DVJJ-Vorstand; Prof. Dr. Wolfgang Melzer, TU Dresden; Dagmar Menzel-Kujau; Peter Mersdorf, Saarbrücken; Dr. Andreas Mertens, Rechtsanwalt, Köln; Werner Merz, Landratsamt München; Dietrich Mett, Oberlandesgerichtspräsident i.R.; Christine Metzger, Ingolstadt; Torsten Metzner, JGH Chemnitz; Prof. Dr. Birgit Meyer, Hochschule Esslingen; Susanne Meyer, EJF-Lazarus gemeinnützige AG, Berlin; Prof. Dr. Maria Meyer-Höger, Evangelische Fachhochschule Darmstadt; Stefan Mücke, Brücke Greven; Michael Miebach, Redaktion Berliner Republik; Ingrid Mielenz; Tatjana Mill; Hans-Jürgen Miller, Richter am Amtsgericht Tiergarten; Ludwig Mirlach; Carolin Mittelstädt, Leipzig; Prof. Dr. Matthias Moch, Berufsakademie Stuttgart; Ute Modler, Psychologin im Jugendvollzug; Arnd Möller, Bremen; Prof. Dr. Kurt Möller, Hochschule Esslingen; Olaf Möller, Rechtsanwalt, Völklingen/Saar; Rainer Mollik, Dresden; Sylvia Monzel, Münster; Michael Moos, Rechtsanwalt, Freiburg; Dr. Christine Morgenstern, Universität Greifswald; Erna Moskal, Ministerialrätin a.D.; Prof. Dr. Dr. Heinz Müller-Dietz, Sulzburg; Andreas Müller-Tucholski, Soziologe; Anja Müller, Leipzig; Corina Müller, Dresden; Prof. Dr. Henning Ernst Müller, Regensburg; Karsten Müller, Sozialarbeiter, Berlin-Pankow; Reiner Müller, Sozialarbeiter, Freiburg; Thorsten Müller, Hamburg; Bruni Müllner, Theaterpädagogin, Lingen; Vera Müncher, Pädagogin; Prof. Dr. Johannes Münder, Vorstandsvorsitzender des SOS-Kinderdorfvereins Deutschland, Berlin; Uwe Munning, Jugend- und Familienrichter, Bad Oldesloe; Dr. Detlef Mütter, Universität Leipzig; Annette Musiol, Brücke Dachau; Jürgen Mutz, Ravensburg; Axel Nagler, Rechtsanwalt und Notar, Essen; Marianne Nalbach, Brücke Dachau; Rudolf Nau, Sozialarbeiter, Memmingen; Professor Dr. Norbert Nedopil, Psychiatrische Klinik der Universität München; Cornelius von Nerée; Angela Netzband, Kassel; Frank Neubacher, Universität Jena; Prof. Dr. Georg Neubauer, Jena; Martina Neubauer, Starnberg; Kati Neudert, Universität Leipzig; Peter Neumann, Stadtkultur gGmbH, Berlin; Ulf Neumann, Sozialpädagoge, Meinersen;

Prof. Dr. Norbert Neuß, Erziehungswissenschaftler; Prof. Dr. Cornelius Nestler, Universität Köln; Antje Newig, Universität Osnabrück; Ingbert Niche; Prof. Werner Nickolai, Katholische Fachhochschule Freiburg; Daniel Nierenz; Wilfried Nikodem, JGH, Hamm; Dr. Ulrike Nill, Jugendstrafrichterin, LG Wels; Ingwer Nissen, Soziale Dienste, Flensburg; Jens Nitsche, JGH Dresden; Prof. Dr. Christoph Nix, Rechtsanwalt, Konstanz; Dr. Frank Nobis, stellv. Vorsitzender der Strafverteidigervereinigung NRW; Andrea Nöll, JGH Rüsselsheim; Wilfried Nodes, Referent für Politik und Öffentlichkeitsarbeit; Sybille Nonninger; Hans Nussstein, München; **O** Lars Oberg, Abgeordneter, Berlin; Dr. Michael Obermaier, Universität Köln; Dr. Dietrich Oberwittler; Prof. Dr. Jan Henrik Oehlmann, Holzminden; Dr. Gertrud Oeich, Wuppertal; Prof. Dr. Heribert Ostendorf, Universität Kiel; Christian Ostertag, JGH, Berlin Schöneberg-Tempelhof; Veronika Otte, Psychologin, Berlin; Detlef Otto, Essen; Sabine Otto, JGH, Chemnitz; **P** Dr. Bettina Paul, Universität Hamburg; Prof. Dr. Christa Paulini, Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst Hildesheim; Jürgen Peetz, Rechtsanwalt, Gronau (Leine); Dr. Willi Peche, JVA München-Stadelheim; Alexander Penzkofer, Regensburg; Dr. Hanna Permien, Deutsches Jugendinstitut, München; Birgit Persch-Klein, Sozialarbeiterin; Prof. Dr. Hilmar Peter; Petra Peterich; Frank Peters; Agnes Pfeil, AG-Direktorin, Stolzenau; Prof. Dr. Christian Pfeiffer, Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen, Hannover; Klaus Pförtner, Oberstaatsanwalt, Frankfurt/Main; Lukas Pieplow, Fachanwalt, Köln; Frank Pietsch; Andrea Pingel; Yvonne Plaul, Universität Potsdam; Prof. Dr. Hans-Joachim Plewig; Stephanie Poensgen, Staatsanwältin, Itzehoe; Anke Pörksen, stellv. Bundesvorsitzende der ASJ, Hamburg; Thomas Pohlhammer, Rechtsanwalt, Aachen; Ulrich Polachowski, Richter am Landgericht, Tübingen; Marc Polishuk, Stadtkultur gGmbH, Berlin; Dr. Helmut Pollähne, Universität Bremen; Martha Pomirski, Berlin; Anja Pondorf, Leiterin Kreisjugendamt Ebersberg; Reinhard Potthast, Sozialamtmann; Prof. Dr. Arnold Pracht, Hochschule Esslingen; Frank Preußner, Berlin; Bernd Preuth, Fachanwalt für Strafrecht, Hamburg; Sina Prinz-Klauck, Sozialpädagogin; Cornelius Prittowitz, Universität Frankfurt/Main; Peter Przybylla, Sozialarbeiter; Bad Schwalbach; Carola Puder, Straffälligenhilfe Bielefeld; Anni Pues, Rechtsanwältin, Bonn; Christof Püschel, Rechtsanwalt, Köln; Christian Purps, Sozialarbeiter, Celle; Dr. Holm Putzke, Ruhr-Universität Bochum; **R** Dorothea Rabanus, Dillenburg; Petra Radeloff, AWO Mülheim; Prof. Dr. Claudia Rademacher, Münster; Torsten Rauhaut, Stadtkultur gGmbH, Berlin; Dieter Rausch, Psychologe, Herford; Prof. Dr. Thomas Rauschenbach, Direktor des DJI, München; Hilmar Freiherr v. der Recke; Peter Reckling, Bundesgeschäftsführer DBH-Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik, Köln; Jörg Rehmsmeier, Rechtsanwalt, Berlin; Dr. Gerhard Rehn; Kerstin Reibold, Sozialpädagogin, Magdeburg; Freimut Reichert; Waltraud Reichmuth, EJM-Lazarus gemeinnützige AG, Berlin; Prof. Dr. Werner Reiners-Kröncke, Fachhochschule Coburg; Prof. Dr. Richard Reindl, Georg-Simon-Ohm-Hochschule; Sabine Reindl, JGH, Regensburg; Prof. Dr. Jost Reinecke; Dr. H.-W. Reinfried, Uster; Klaus Reinhold, Direktor des Amtsgerichts Otterndorf; Bernd Reitel, JGH, Kamenz; Prof. Dr. Rudolf Rengier, Universität Konstanz; Christa Renkly, JGH Berlin Friedrichshain-Kreuzberg; Jürgen Renz, Rechtsanwalt, Chemnitz; Joachim Renzikowski, Universität Halle-Wittenberg;

Sabine Rethmann, Sozialarbeiterin, Kaufbeuren; Konrad Richter, Sozialarbeiter; Jan Riechers, Neustadt a. Rbge.; Astrid Riechmann, Sozialarbeiterin, Brücke Bielefeld; York Rieckhof, Hamburg; Prof. Dr. Klaus Riekenbrauk Fachhochschule Düsseldorf; Wibke Riekman, Universität Hamburg; Prof. Dr. Peter Rieß; Dr. Ralf Ritter, Rechtsanwalt; Petra Robach, Neustadt a. Rbge.; Andreas Rodenbeck, JGH Krefeld; Ulrich Roeder, Kriminalbeamter, Frankfurt/Main; Prof. Dr. Peter Rödler, Universität Koblenz; Uwe Rönsch, Diakonischen Werkes Pirna; Jutta Roggmann, Stadtkultur gGmbH, Berlin; Clemens Rohrbach, Sozialarbeiter, Neu-Anspach; Prof. Dr. Eckhard Rohrmann, Marburg; Stefan P. L. Romansky, Rechtsanwalt, Bonn; Prof. Dr. Falk Roscher, Hochschule Esslingen; Dr. Nicole Rosenbauer, Universität Dortmund; Adelheid Roschinski; Prof. Paul-Stefan Roß, Berufsakademie Stuttgart; Andreas Roßkopf-Lenz, Ebersberg; Karin Roth, JGH Rüsselsheim; Prof. Dr. Georg-Wilhelm Rothgang; Prof. Dr. Thomas Rotsch, Universität Augsburg; Georg Royen, Vorsitzender Richter am Landgericht Freiburg; Carsten Rubarth, Rechtsanwalt, Bonn; Martin Rubbert, Rechtsanwalt, Berlin; Dr. Tobias Rudolph, Fachanwalt, Nürnberg; Konstanze Ruhlig, Jugendamt Stadt Jena; Werner Ruisinger, Rechtsanwalt, Augsburg; Irmgard Ruppert-Poremba, Sozialpädagogin; Steffanie Ruß, Sozialarbeiterin Berlin; Prof. Dr. Dorothea Rzepka, Frankfurt/Main; Prof. Dr. Dr. Fritz Sack, Universität Hamburg; Axel Sähr; Roland Sänglerlaub, Jugendgerichtshelfer, Hoyerswerda; Andrea Sandforth, Mülheim/Ruhr; Andrea Schaffeld; Prof. Piotr Salustowicz, FH Bielefeld; Barbara Sauer-Kopic, Rechtsanwältin, Wiesbaden; Prof. Dr. Hero Schall, Universität Osnabrück; Marit Sammet, Leipzig; Prof. Dr. Andreas Schaarschuch, Universität Wuppertal; Michael Schaarschmidt, Dresden; Ursula Schade; Bernhard Schaefer, Darmstadt; Prof. Dr. Eckhard Schäfer, Reutlingen; Evelyn Schäfer Stadtteil-Schule e.V.; Hans-Günter Schäfer, SOS-Kinderdorf Schwarzwald; Heiner Schäfer; Karin Schäfer, SOS-Kinderdorf e.V.; Dr. Mechthild Schäfer, München; Norbert Schaldach, Brücke Bielefeld; Dr. Stefan Schanzenbäcker, Caritasverband Berlin; Prof. Dr. Christian Schapper, Universität Koblenz-Landau; Ulrich Schefcik; Renate Schepker; Prof. Dr. Albert Scherr, Freiburg; Gudrun Scheibe, Bernstedt; Prof. Dr. Kirsten Scheiwe, Universität Hildesheim; Olaf Schellbach, JGH; Eisenach; Elisabeth Schick, Hanau; Genia Schietzel, Diakonischen Werkes Pirna; Ilka Schiller, Sozialpädagogin, Alfeld; Gerd Schillo, Gesamtleiter AWO SozialAkademie Saar; Bernd Schimanski-Longerich, Jugendrichter Amtsgericht Hamm; Werner Schipmann, Pädagoge, Münster; Dirk Schirmer, Sozialpädagoge, Burscheid; Ernst Schleiner, Jugendrichter a.D., Münster; Erwin Schletterer, Brücke Augsburg; Prof. Dr. Reinhold Schlothauer, Bremen; Sonja Schmid, Stockdorf; Claus-Wolfgang Schmidt, Vollstreckungsleiter für die JSA Berlin; Eckhard Schmidt, Rechtsanwalt, Magdeburg; Holger Schmidt, TU Dortmund; Marko Schmidt, Ludwigslust; Martin Schmidt, Bezirksamt Spandau; Sonja Schmidt, Saarbrücken; Dr. Thorsten Schmidt, Jugendrichter, Hamburg; Christiane Schmieder, Universität Hildesheim; Helga Schmitt, Sozial- und Jugendamt Stadt Freiburg, DVJJ-Vorstand; Klaus Schmitz, Rechtsanwalt, Dortmund; Prof. Dr. Kurt Schmoller, Salzburg; Prof. Dr. Helga Schnabel-Schüle, Universität Trier; Ulrike von Schnakenburg, Rechtsanwältin; Prof. Dr. Matthias Schnath, Ev. Fachhochschule Bochum; Prof. Dr. Klaus A. Schneewind; Hendrik Schneider, Leipzig; Simone Schneider; Ruth

Schneider; Jugendgerichtshilfe; Rhein- Neckar-Kreis; Heinz Schoech, Universität München; Reinhold T. Schöffel, Geschäftsführer des Bundesverbandes Jugend und Film e.V., Carolin Schöffmann, Brücke Dachau; Frankfurt/Main; Prof. Dr. Christine Schönberger, Fachhochschule München; Jürgen Schöner, Ehemaliger Leiter der JGH Berlin-Charlottenburg; Jochen Schönfeld, Bundesjugendleiter BJCKM; Rolf Schopper, Hamburg; Prof. Dr. Bernd Schorb, Universität Leipzig; Sabine Schräer, Rechtsanwältin, Hamburg; Norbert Schreck, Rechtsanwalt; Claus-Peter Schreiber, Sozialarbeiter; Holger Schröder, Landkreis Diepholz; Norbert Schröer; Silvia Schücke, JGH Dresden; Rainer Schürcks, JGH Krefeld; Michael Schuler, Sozialarbeiter, Wuppertal; Steffen Schultz, Sozialarbeiter, Altenburg; Dr. Felix Schulz, Bochum; Prof. Dr. Lorenz Schulz, Universität Frankfurt/Main; Detlef Schulze, Kassel; Georg Schulze, Rechtsanwalt, Bielefeld; Prof. Dr. phil. Joachim Schulze, Hochschule Zittau/Görlitz; Sylvia Schulz-Gierlings, Psychologin; Prof. Dr. Karl F. Schumann, Berlin; Prof. Dr. Georg Schürgers, Arzt, Möhnese; Jutta Schurig, Sozialpädagogin; Renate Schwanck, Landratsamt München; Florian Schwanengel, Psychologe; Prof. Frauke Schwarting, Sozialwissenschaftlerin, Hamburg; Christiane Schwarz, Sozialarbeiterin, Altenburg; Michael Schwarz; Dr. Ilse Schwenkel-Omar; Prof. Dr. Cornelia Schweppe, Universität Mainz; Prof. Friedrich W. Seibel, Koblenz; Alexander Seitz, Sozialarbeiter, Brücke München; Uwe Seitz; Prof. Dr. Klaus Sessar , Hamburg; Prof. Dr. Lydia Seus, Berlin; Dr. Brigitte Sick, Richterin; Steffen Siegel, Würzburg; Daniel Siegl, Rechtsanwalt, Gelsenkirchen; Prof. Dr. Volkmar Sigusch, Universität Frankfurt/Main; Professor Dr. Rainer K. Silbereisen, Universität Jena; Prof. Dr. Monika Simmel-Joachim, Walluf; Anke Söldner, Dresden; Rudolf Slobodian, Sexualpädagoge; Mladenka Sommer, Sozialarbeiterin; Michael Sommerfeld, Berlin; Adelheid Sondermann-Topuzoglu, Bonn; Hedwig Sonnabend; Prof. Dr. Bernd Rüdiger Sonnen, Vorsitzender DVJJ; Prof. Dr. Richard Sorg, HAW Hamburg; Prof. Dr. Christoph Sowada, Universität Rostock; Karl Späth; Andreas Guido Spahn, DVJJ-Vorstand; Dr. Christian Spatscheck, Fachhochschule Düsseldorf; Verina Speckin, Rechtsanwältin, Rostock; Johanna Spengler; Gerhard Spiess, Soziologe, Universität Konstanz; Burkhard Spix; Bernd Sprenger, Sozialpädagoge, Berlin; Arne Städe, Rechtsanwalt, Hamburg; Bert Stark, JGH Dresden; Kerstin Stark, JGH Dresden; Klaus-Dieter Stark, Richter am Amtsgericht Flensburg; Barbara Stauber; Dr. Wiebke Steffen; Christian Steil, Psychologe, Bielefeld; Prof. Dr. C. Steindorff-Classen, Fachhochschule München; Prof. Dr. Heinz Steinert, Universität Frankfurt; Birgit Steinhilber, Sozialarbeiterin, Frankfurt/Main; Martin Steller, Gefängnisseelsorger i.R., Hamburg; Bernd Stieglitz, Mediator; Michael Stiels-Glenn, Polizeiwissenschaftler; Gwendolyn Stilling, Referentin für Presse- und Gremienarbeit; Henry Stöss, JGH Chemnitz; Maxi Stork, Staatsanwältin, Itzehoe; Jochen Strauß, Rechtsanwalt, Wuppertal; Prof. Dr. Franz Streng, Universität Erlangen-Nürnberg; Gisela Striegler, JGH Chemnitz; Georg Strittmatter, Rechtsanwalt, Düsseldorf; Dr. Gabriele Sturm, Bonn; Renate Sturm; Prof. Dr. Benedikt Sturzenhecker, Fachhochschule Kiel; Prof. Dr. Heinz Sücker, Wuppertal; Peter Syben, Rechtsanwalt, Köln; Christine Szakun-Hoch, Sozialpädagogin, Kaiserslautern; T Vicki Täubig, Deutsches Jugendinstitut, München; Wolfram Tauch, Sozialarbeiter; Dagmar Thalmann, Richterin, Vorstand DVJJ, Müllheim; Maik Theede-Fagin, Berlin; Prof. Dr. Helga Theunert,

Wissenschaftliche Direktorin, Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis, München; Kilian Theilacker, Heilbronn; Dr. Hans Theile, Universität Konstanz; Jochen Thielmann, Rechtsanwalt, Wuppertal; Kathrin Thiele, Bezirksamt Spandau; Hans Thiersch; Thomas Thill, Jugendpfleger, Gunzenhausen; Ulf Thiele; Sabine Thies, Neustadt a. Rbge.; Prof. Dr. Werner Thole, Universität Kassel; Dirk Thomsen, Jugendrichter, Flensburg; Dr. Stefan Tierel, Rechtsanwalt; Ingo Tietmann, Landkreis Diepholz; Arne Timmermann, Rechtsanwalt, Hamburg; Prof. Dr. Günter Tondorf, Meerbusch; Dr. Stefanie Tränkle, Kriminologin, FH Freiburg; Markus Trejbal; Prof. Dr. Thomas Trenczek, Hannover; Carmen Trezn, Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz Landesstelle NRW, Köln; Prof. Dr. Rainer Treptow, Universität Tübingen; Michael Tsambikakis, Rechtsanwalt, Köln; **U** Ismail Ünsal, Berlin; Jessica Uhle, JGH Chemnitz; Dorit Ullmann, Brücke Plauen; Beate Ulrich, Jugendhilfe Wolfenbüttel; Vera Ungemach, Jugendgerichtshilfe Rhein-Neckar-Kreis, Robert Unger, Rechtsanwalt, Berlin; **V** Robert van der Vlies, JGH, Landsberg; Gudrun van Lessen, Direktorin des Amtsgerichts Stadthagen; Heide Velasco, Geschäftsführung BAF; Prof. Dr. Andreas Venier, Innsbruck; Prof. Dr. Torsten Verrel, Direktor des Kriminologischen Seminars der Universität Bonn; Prof. Horst Viehmann, Neunkirchen-Seelscheid; Prof. Dr. Bernhard Villmow, Universität Hamburg; Prof. Monika Vogl-Petters, Evangelische Fachhochschule Berlin; Annette Voges, Rechtsanwältin; Prof. Dr. Dr. h.c. Klaus Volk, München; Doris Volk-Eisemann; Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.; Dr. Michael von der Haar, Arzt, Leiter des Maßregelvollzuges und Chefarzt der Fachabteilung Bad Rehburg; Astrid von der Heide, Hatten-Sandkrug; Thomas Vormbaum; Susanne Voß, Rechtsanwältin, Köln; Hans Josef Voßenkaul, Psychologe, Heinsberg; Heinz J. de Vries, Fachhochschule Potsdam; **W** Bernhard Wacht, JGH Ebersberg; Rüdiger Wacknitz, Geschäftsführer der Seesener Brücke; Prof. Dr. Leonie Wagner, Holzminden; Ursula Walder, Brücke Dachau; H. Walliser, Jugendgerichtshelfer; Joachim Wallner, Sozialpädagogin, Brücke München; Annika von Walter, Stiftung SPI, Berlin; Dr. Joachim Walter, Leitender Regierungsdirektor, Adelsheim; Gerd Walter, JGH Chemnitz; Heike Walter, JGH; Prof. Dr. T. Walter; Helgard Walter-Freise, Richterin am Amtsgericht; Michael Wandrey; Dr. Friederike Wapler, Universität Göttingen; Hartmut Weber, Sozialarbeiter; Prof. Dr. Hartmut Weber, Hochschule Fulda; Kartin Weber, Psychologin, Hamburg; Monika Weber-Hornig, Vorstand Die-Kinderschutz-Zentren, Köln; Stefan Weber, Hamburg; Jens Wegmarshaus; Peter Wehn, Rechtsanwalt, Hamm; Prof. Dr. Jens Weidner, Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg; Manuela Weise, JGH Dresden; Markus Weiss, JA-Hameln; Michael Weiß, Stutensee; Dr. Beatrice von Weizsäcker, Juristin und Journalistin, München; Willi Wellessen, SOS-Kinderdorf Schwarzwald; Prof. Dr. Jürgen Welp, Münster; Fred Wenzel, Fachanwalt, Frankfurt/Main; Heinz-Hermann Werner, Leiter des Jugendamtes Mannheim; Friederike Wesche, JGH Böblingen; Andreas Wessel-Terharn; Peter Wetzels, Hamburg; Frank-Heiner Weyel; Dr. Stefan Weyers, Universität Frankfurt; Thomas Wickrath, JGH, Bad Kreuznach; Andreas Wiese, Rechtsanwalt; Vorsitzender der DVJJ-Landesgruppe Hessen; Hans-Jürgen Wieben, Lüneburg; Astrid Wielage, Pädagogin, Sögel; Charly Wienecke, JGH, Berlin; Christine Wierich; Fedor Wilkening, Rechtsanwalt, München; Dr. Zbigniew Wilkiewicz, Vlotho; Prof. Dr. Hans-Dieter Will, Fachhochschule Erfurt;

Silvia Wille, Sozialarbeiterin; Prof. Dr. Michael Winkler, Lehrstuhl für Allgemeine Pädagogik und Theorie der Sozialpädagogik, Friedrich-Schiller-Universität Jena; Frank Winter; Ralf Wippermann, Sozialarbeiter; Nancy Wirth; Natalie von Wistinghausen, Rechtsanwältin, Berlin; Matthias D. Witte, Pädagoge, Universität Bielefeld; Julia Wittich, Universität Leipzig; Marc Witzel, Dortmund; Sabine Wolferstetter, Brücke Dachau; Ingrid Wolff, Jugendamtsleiterin Stadt Bünde; Prof. Dr. Christian von Wolffersdorff, Universität Leipzig; Dr. Joachim Wondrak, Felsberg; Hans Wörl, Sozialpädagoge; Maren Würfel, Universität Leipzig; Jörn Wunderlich RiAG a.D.; Jens Wurtzbacher, Sozialarbeiter, Berlin; Miriam Wuttke, Sozialpädagogin, Brücke München; **Y** Toshio Yoshida; Nil Yūkova, Juristin, Hamburg; **Z** Sabine Zanker, Loccum; Traute Zapf; Peter Zernicke, JGH Berlin-Friedrichshain; Silke Zeydler, JGH; Jörg W. Ziegenspeck, Universität Lüneburg; Diana Ziegleder; Helmut Ziegler, Sozialarbeiter; Ingrid Zielske, Brücke München; Yvonne Zieren, Sozialarbeiterin, Rösrath; Harald Zimmerhackel, Bewährungshelfer, München; Kai Zimmermann, Rechtsanwalt Bielefeld; Prof. Dr. Dieter Zimmermann, Fachhochschule Darmstadt; Edwin Zink, Berufsbildungswerk St. Franziskus, Abensberg; Christine Zippel, Landesjugendhilfeausschuss Sachsen; Mirjana Zipperle, Universität Tübingen; Corinna Ziske; Eveline Zobel, Sozialarbeiterin; Barbara Zöllner, Pfarrerin; Bettina Zötsch, Berlin; Peter Zuber, Neustadt a. Rbge.; Detlef Zuther, Friedrichshain-Kreuzberg; Prof. Dr. Gabriele Zwiehoff, Hagen; Georg Zwinger, Stuttgart;